

**Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Rates ( Rat/XVII/026/2021)  
vom 25.03.2021**

---

**TOP 7      Stadt Leer wird "Sicherer Hafen" für geflüchtete Menschen  
Antrag der Gruppe Die Grünen/CDL vom 20.11.2020  
Vorlage: 1.502/XVII/1769/2020**

**Herr H.-D. Schmidt** weist darauf hin, dass 2 Beschlussempfehlungen, der der Verwaltung und der Antrag der Gruppe Die Grünen/CDL, vorliegen. Über beide sollte abgestimmt werden.

**Frau Stevens-Kimpel** führt folgendes aus:

„Dieser Begriff „Sicherer Hafen“ sollte nicht nur bedeuten, dass sich die Stadt Leer für die Aufnahme geflüchteter Menschen einsetzt, sondern auch für ihre Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, so dass Geflüchtete, die hier schon mehrere Jahre leben, nicht in dauerhafter Unsicherheit, Angst vor Abschiebung, Perspektivlosigkeit und Armut leben müssen. Die Stadt könnte Praktikumsplätze und Ausbildungsmöglichkeiten anbieten.“

**Herr Dirksen** erklärt zum Antrag der Gruppe Die Grünen/CDL folgendes:

„Frau Bürgermeisterin, Herr Ratsvorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Anwesende,

dieser Tagesordnungspunkt ist nun mittlerweile ein „alter“ Bekannter. Er steht nun zum dritten Mal an. Beim ersten Mal gefiel das Ergebnis nicht, beim zweiten Mal fehlte der Mut zur Abstimmung und nun soll es beim dritten Anlauf endlich klappen.

Da zuletzt im Sozialausschuss des vergangenen Jahres, im September 2020, dieser Antrag behandelt wurde, möchte ich hier und heute den „Faden“ wieder aufgreifen.

Vorweg möchte ich sagen, dass ich diesen Antrag rein sachlich betrachte und das Bilder und Emotionen hier nicht dienlich sind.

Dieser Antrag hat einen guten Ansatz, leider fehlt ihm ein Konzept das weiterführende Lösungen anbieten müsste. Grundsätzlich stelle ich auch fest, dass hier ein europäisches Problem in die Kommune getragen wird. Bund und Land sind hier ebenfalls mehr in der Pflicht, da unsere freiwilligen Leistungen mehr als eingeschränkt sind. Aber Geld allein ist nicht immer das entscheidende, deshalb hat es bei meinen Überlegungen keinen Stellenwert erhalten. Es bleibt eine schwierige Daueraufgabe, in der Migrationspolitik zu tragfähigen Lösungen zu kommen, da das Thema allzu gern verdrängt wird.

Die Regel kann nicht lauten: Wer in Seenot gerät, darf nach Europa, auch wenn er sonst keine Berechtigung hat. Die Regel lautet: Bleiben darf, wer anerkannte Fluchtgründe vorweisen kann. Aus einer Flucht allein leitet sich kein Asylgrund ab.

Deswegen hilft die Forderung, aus Seenot Gerettete mit eigenen Aufnahmeprogrammen aus dem Süden einzufliegen, nicht weiter. Im Gegenteil ist es unverantwortlich, ausgerechnet den gefährlichsten Fluchtweg zu begünstigen, indem Migranten, die sich in Boote setzen, direkt in Kommunen vermittelt werden sollen. Wir brauchen sichere Fluchtwege für Schutzberechtigte und dürfen im Übrigen keine falschen Anreize setzen. Unsere Migrationspolitik darf nicht Teil des Kalküls von Schleppern und Menschenhändlern sein. Sie muss ethischen Ansprüchen nicht nur der Absicht nach, sondern auch im Ergebnis gerecht werden.

Die Verwaltungsgerichte arbeiten weiterhin am Rande der Belastungsgrenze, Asylverfahren machen noch immer rund die Hälfte der neuen Verfahren aus. Rückführungen Ausreisepflichtiger sind die Ausnahme, nicht die Regel. Mit diesem Zustand dürfen wir uns nicht zufriedengeben.

Unter diesen Bedingungen scheint mir der vorliegende Antrag wenig sinnvoll, da ich nicht mitverantworten kann, wenn aus einer „Seebrücke“ eine „Luftbrücke“ wird und Menschen nach Monaten oder sogar Jahren erst ihren Bescheid in Händen halten, weil wir immer noch keine Migrationspolitik in der Bundesrepublik haben, die diesen Namen auch verdient. Nicht jeder Fall landet vor der Härtefallkommission, wie erst wieder vor kurzem berichtet und nicht jeder Hilfesuchende hat einen Fußballverein als Verstärkung seines Asylantrages dabei.

Weiterhin habe ich gestern noch eine Anfrage an die Verwaltung übermittelt. Diese kann gerne im Protokoll beantwortet werden. Aus den gerade vorgetragenen Beweggründen kann ich den Antrag leider nicht unterstützen. Ich werde ihn aber auch nicht ablehnen, da er einen guten „Kern“ in sich trägt, der nur auf einer anderen Ebene entschieden werden muss.

Die von mir zu diesem Thema schriftlich gestellten Fragen können zu Protokoll beantwortet werden. Vielen Dank.“

**Frau Bonow** begründet den Antrag der Gruppe wie folgt:

„Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, liebe Ratskollegen, liebe Zuhörer,

Der Antrag: Leer, ein sicherer Hafen für geflüchtete Menschen steht heute erneut zur Abstimmung.

Das Sterben auf dem Mittelmeer macht keine Pause. Menschen ertrinken weiterhin, weil ihnen legale Fluchtwege verwehrt werden. Die Aufnahmelager sind nach wie vor eine humanitäre Katastrophe

Auf europäischer Ebene wird über die Frage der Seenotrettung derzeit nicht einmal diskutiert. Die zivile Seenotrettung kriminalisiert. 1.200 Menschen sind alleine im letzten Jahr ertrunken, und all diejenigen von denen wir nie erfahren werden.

Dem dürfen wir nicht tatenlos zusehen!

In den letzten Jahren haben die Leeraner Bürger und Bürgerinnen der Verwaltung und Politik gezeigt, dass sie offen, engagiert und fähig sind geflüchtete Menschen aufzunehmen und zu integrieren.

Wir sehen es auch an der großen Anzahl von Organisationen, Vereinen und Kirchengemeinden die unseren Antrag dankenswerterweise unterstützen. Ein besonderer Dank geht an Ende Gelände, Fridays for Future und Borussia Leer für ihren dauerhaften Einsatz.

Setzen wir zusammen ein Zeichen für Menschlichkeit und Solidarität, stimmen Sie unserem Antrag in allen Punkten zu, schließen wir uns der Initiative Seebrücke an und erklären unsere Stadt Leer zum Sicheren Hafen für geflüchtete Menschen!

Vielen Dank.“

**Herr Runden** widerspricht den Ausführungen von Herrn Dirksen. Der UNHCR habe die Flucht über den Landweg als die gefährlichste Route eingestuft, da Schlepperbanden die Menschen z.B. für Zwangsarbeit und Prostitution ausbeuten. Den Seeweg jetzt sicherer zu machen würde bedeuten, dass Schlepper diese Variante besser „bewerben“ könnten. Diesen sollte jedoch durch die Schaffung sicherer Fluchtrouten das Handwerk gelegt werden. Eine Zustimmung zu dem gestellten Antrag könne daher nicht erfolgen.

**Herr Szyszka** ergänzt, dass die Mafia in Italien in der Nähe von Neapel einen Menschenhandel insbesondere mit Frauen betreibt, die sich nur mit viel Geld freikaufen könnten. Zu dieser Situation sage der Antrag allerdings nichts. Die Kanarische Regierung habe wegen der Flüchtlingssituation eindringlich um Hilfe gebeten, die spanische Regierung tue allerdings nichts und warte scheinbar darauf, dass wie üblich Deutschland handelt. Dieses sei jedoch eine gesamteuropäische Aufgabe und die Flüchtlinge müssten in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.

**Herr Schachner** weist darauf hin, dass die Landfluchtwege furchtbar seien und kurz vor dem Ziel Europa „lasse man die Boote dann absaufen“. Dann wäre man nicht besser als die Schlepper. Es sollten alle versuchen, die Flüchtlingspolitik in Europa zu ändern.

### **Beschluss (21 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen):**

Die Stadt Leer wird „Sicherer Hafen“ für geflüchtete Menschen.

1. Die Stadt Leer erklärt sich zum Sicheren Hafen und bekräftigt ihre Solidarität mit Menschen auf der Flucht. Sie setzt sich für sichere Fluchtwege, staatliche Seenotrettungsmissionen und menschenwürdige Aufnahme von Schutzsuchenden ein.

2. Die Stadt Leer erklärt sich bereit aus Seenot gerettete Menschen bzw. Menschen, die in Lagern an der EU Außengrenze festsitzen, insbesondere schutzbedürftige Kinder aufzunehmen und unterzubringen. Die Aufnahme erfolgt in vertretbarem Maß zusätzlich zur Verteilungsquote (Königsteiner Schlüssel). Die Bürgermeisterin wird

beauftragt diese Erklärung dem zuständigen Ministerium des Landes Niedersachsen zu übermitteln.

3. Die Stadt Leer tritt dem kommunalen Bündnis „Städte Sicherer Hafen“ bei und beteiligt sich am Bündnis aller Sicherer Häfen in Europa zur aktiven Gestaltung eines menschenrechtskonformen europäischen Asyl- und Migrationspolitik.

4. Die Stadt Leer veröffentlicht alle unternommenen Handlungen mit denen sie zu einem Sicherer Hafen wird und informiert ihre Partnerstädte über den Beschluss.

5. Der Rat der Stadt Leer fordert die Vertreterinnen und Vertreter im Europaparlament, im Bundestag und im Niedersächsischen Landtag dazu auf, sich für die Erreichung folgender Ziele einzusetzen:

- Die Bundesregierung setzt sich weiterhin und verstärkt für die Rettung der Menschen im Mittelmeer ein.
- Die aktive Behinderung der Seenotrettung durch die europäischen Staaten muss umgehend beendet werden.
- Die europäische Staatengemeinschaft muss ihrer Verantwortung bei der Seenotrettung gerecht werden und darf sich nicht auf die Arbeit Dritter verlassen oder den Tod von Menschen billigend in Kauf nehmen.

gez. Hauke Sattler

gez. Beatrix Kuhl

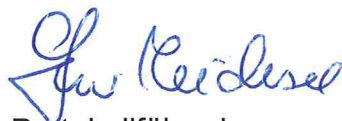
gez. de Buhr-Deichsel

Vorsitzender

Bürgermeisterin

Protokollführerin

F.d.R.:



Protokollführerin